

PRESSEMITTEILUNG

Konrad-Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld/Rhld.
Telefon: 02173/794-1040

E-Mail: Fraktion@fdp-langenfeld.de

02.05.2024

Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge: Langenfeld muss vorbereitet sein

Bund und Länder haben sich im vergangenen November auf eine flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge geeinigt. Damit werden Leistungen an Asylbewerber nicht mehr in bar, sondern über eine Debit-Karte ausgezahlt. Der Bundestag hat am 12.04.2024 eine entsprechende Änderung des Asylbewerberleistungsgesetz vorgenommen und damit für die Bezahlkarte eine Rechtsgrundlage geschaffen.

„Die Einführung einer Bezahlkarte ist die richtige Entscheidung. Mit ihr kann der Verwaltungsaufwand gesenkt werden und die Zweckentfremdung staatlicher Leistungen eingedämmt werden. Sie wird den Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben helfen. Wir sprechen uns daher für den Einsatz der Bezahlkarte in Langenfeld aus“, kommentiert Niklas Derwort, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

„Die Landesregierung von NRW hat bisher signalisiert, dass eine Pflicht zur Einführung der Bezahlkarte in den Kommunen nicht geplant ist. Dies bedauern wir, da wir eine flächendeckende Einführung für den effektivsten Weg halten. Zu begrüßen ist jedoch, dass das Land NRW und dreizehn weitere Bundesländer ein europaweites Ausschreibungsverfahren für einen Dienstleister gestartet haben.

Langenfeld muss jetzt die richtigen Weichen stellen. Wir fordern, dass sich der Ausschuss für Soziales und Ordnung in seiner nächsten Sitzung für die Einführung einer Bezahlkarte ausspricht. Damit diese dann nach Ende des Ausschreibungsverfahrens unverzüglich eingesetzt werden kann, muss die Verwaltung mit der Vorbereitung beauftragt werden“, sagt Derwort.